

Arabisches Stimmungsbild im Schatten des Iran-Krieges

Umfrage zu Haltungen und Wahrnehmungen in Nordafrika und Nahost

Dr. Thomas Volk, Nicolas Reeves

Zusammenfassung

Fünfzehn Jahre nach den Umbrüchen des sogenannten Arabischen Frühlings in zahlreichen Ländern der Region Naher Osten und Nordafrika und inmitten des Iran-Krieges führte die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) vom 8. Mai bis 3. Juli 2026 eine repräsentative Umfrage in folgenden Ländern der arabischen Welt durch: Marokko, Tunesien, Ägypten, Palästinensische Gebiete, Jordanien, Libanon und Syrien. In dem Zeitraum wurden 8.475 Personen (ca. 1.200 Personen pro Land) telefonisch von Umfrageinstituten im Auftrag der Arab Research and Analytics Associates zu politischen Haltungen, wirtschaftlichen Erwartungen und vor allem zu regionalen sowie internationalen Themen befragt.

Die Umfrageergebnisse deuten auf eine Region im Wandel hin, wobei keine klare Vision für die zukünftige Ordnung der Staaten der Region und ihre Allianzen erkennbar ist. Länder der Europäischen Union werden positiv bewertet, jedoch mit wenig regionalem Einfluss verbunden. China erhält mit 86 Prozent in Jordanien und 81 Prozent in Tunesien generell sehr hohe Zustimmungswerte in der Region, Russlands Bild hingegen ist deutlich ambivalenter und reicht von einer positiven Wahrnehmung von 61 Prozent in Marokko bis nur 29 Prozent in Syrien. Das Bild der USA ist in Marokko mit 64 Prozent, Syrien mit 60 Prozent und Jordanien mit 51 Prozent mehrheitlich positiv, in allen anderen befragten Ländern liegt die Zustimmung bei unter 50 Prozent.

Das Deutschlandbild in den befragten Ländern ist besser als erwartet und mit Zustimmungswerten von 73 Prozent in Syrien am höchsten, gefolgt von Tunesien mit 70 Prozent. In Syrien erhält Bundeskanzler Friedrich Merz mit 27 Prozent außerdem die höchsten Zustimmungswerte als europäischer Regierungschef mit der besten Nahostpolitik. Gefragt nach der Motivation Deutschlands in der Region wird die Bundesrepublik interessens- und nicht wertgeleitet wahrgenommen. Mehrheitlich wird die deutsche Nahostpolitik mit wirtschaftlichen Interessen verbunden. Eine an den Interessen Israels orientierte Nahostpolitik wird Deutschland in den befragten Ländern der Region nicht unterstellt. Am schlechtesten ist das Deutschlandbild mit 38 Prozent Zustimmungswerten in den Palästinensischen Gebieten.

In allen befragten Ländern der Region – außer in Marokko – wird Israel als größte Gefahr für die Region wahrgenommen. Die 2020 initiierten Abraham-Abkommen, die eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel anstreben, erhalten nur geringe Zustimmung. Libanon bildet mit 41 Prozent Zustimmung zu den Abkommen eine überraschende Ausnahme. Die Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt lässt insbesondere bei der jungen Bevölkerung nach. In den Palästinensischen Gebieten unterstützen nur 34 Prozent der Befragten unter 30 Jahre eine Zwei-Staaten-Lösung im Vergleich zu 62 Prozent über dieser Altersgrenze.

Iran wird in der Region zwar nicht als Hauptaggressor wahrgenommen, wird jedoch kritisch beäugt. Weniger als die Hälfte der Befragten hat ein positives Bild vom Land. Während iranische Angriffe auf Israel mehrheitlich unterstützt werden, werden iranische Angriffe auf arabische Staaten deutlich abgelehnt. Das Nuklearprogramm Teherans wird sorgenvoll betrachtet, mit 59 Prozent vor allem in Syrien.

Außenpolitische Einschätzungen im Detail

In allen sieben Gesellschaften weisen Perspektiven hinsichtlich der internationalen Beziehungen einen Pragmatismus auf, der verdeutlicht, dass diese Bevölkerungen weder von Bündnisgedanken noch von bestimmten politischen Werten getrieben sind. Stattdessen betrachten die Umfrageteilnehmer die Handlungen anderer Länder durch die Brille ihrer eigenen Interessen, wobei vor allem wirtschaftliche Erwägungen im Vordergrund stehen. So unterstützen Zweidrittelmehrheiten in allen befragten Ländern die Anziehung von mehr ausländischen Investitionen, während am häufigsten Wirtschaftsprobleme als Hauptherausforderung der jeweiligen Länder angegeben werden. Auf Großmachtebene werden allerdings Handels- und Investitionspotenziale nicht zwingend politischem Einfluss gleichgestellt. Trotz Chinas wirtschaftlichem Fußabdruck und seinen mehrheitlichen Beliebtheitswerten unter allen Befragtengruppen schätzen die Umfrageteilnehmer Beijings politischen Einfluss als durchweg gering ein: In Ägypten, Libanon, Syrien, Jordanien, Tunesien, Marokko und den Palästinensischen Gebieten nannten jeweils unter 10 Prozent China als einflussreichstes Land.

Deutschland: Beliebt, aber mit begrenztem Einfluss

Auch im Falle Deutschlands klaffen in vielen Länderkontexten Beliebtheit und perzipierter Einfluss auseinander. In Jordanien, Marokko, Tunesien und Syrien haben mindestens 66 Prozent der Befragten eine positive Einschätzung gegenüber Deutschland, während in Ägypten (52%), dem Libanon (44%) und den Palästinensischen Gebieten (38%) diese Anteile niedriger ausfallen. Berlin bezeichnet lediglich ein nennenswerter Anteil der

Syrer (1,3%) und der Tunesier (2,2%) als einflussreichsten staatlichen Akteur in ihrem Land. Im europäischen Vergleich werden Italien und Frankreich als einflussreicher perzipiert, insbesondere im Libanon (9% bewerten Paris als den einflussreichsten Akteur) und in Tunesien (26% für Frankreich und 4% für Italien). Zwar weist Deutschland in Jordanien, Tunesien, Syrien und Marokko höhere Beliebtheitswerte als seine europäischen Nachbarn auf, allerdings lassen sie sich lediglich in Syrien in höheren wahrgenommenen Einfluss ummünzen. Die Tatsache, dass allein in Syrien eine relative Mehrheit (27%) Bundeskanzler Friedrich Merz für den europäischen Staats- oder Regierungschef mit der besten Politik für die arabische Welt hält, bekräftigt diesen Befund.

Abb. 1. Positives Deutschlandbild in der Region

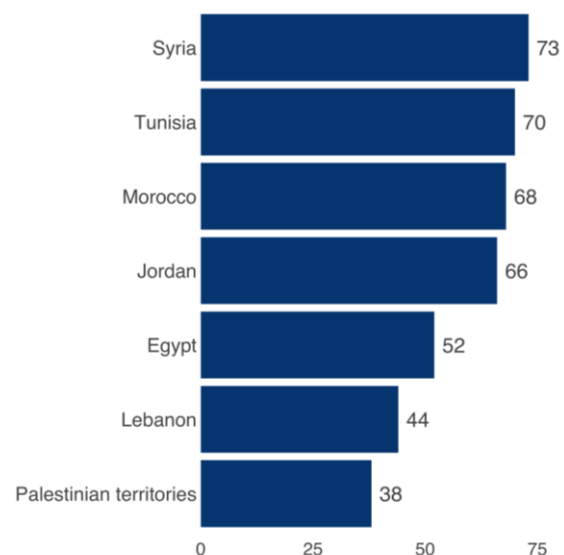
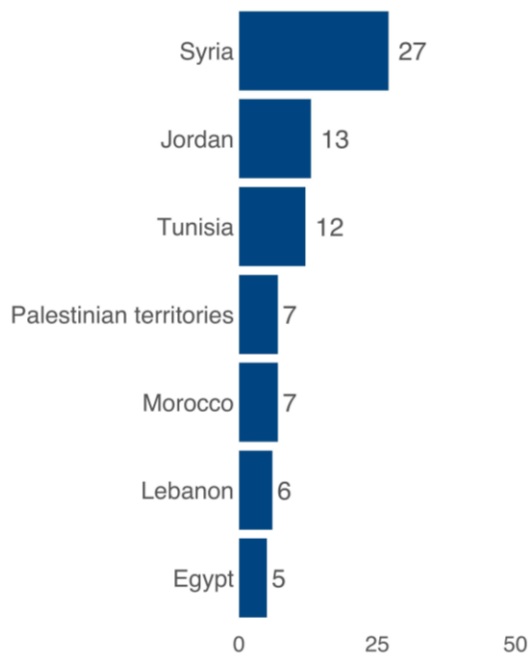


Abb. 2. Zustimmung zur Nahostpolitik von Bundeskanzler Merz in der Region



Notiz. Abgebildet sind die jeweiligen Anteile der Befragten, die die Nahostpolitik des Bundeskanzlers im europäischen Vergleich für die beste halten.

Relative Mehrheiten in Ägypten (21%), Jordanien (35%), Syrien (25%), Tunesien (34%) und Marokko (24%) halten wirtschaftliche Interessen für die primäre Motivation hinter der Politik Deutschlands gegenüber der arabischen Welt. „Beziehungen mit Israel“ fiel als perzipierter Motivationsfaktor hingegen gering aus. Den Höchstwert in dieser Hinsicht verzeichneten Befragte im Westjordanland (22%) und in Gaza (15%). In beiden Regionen der Palästinensischen Gebiete überwiegen entweder „politische Interessen“ mit jeweils 24% und 27% oder „wirtschaftliche Interessen“ bei 24% und 21%. Deutschland wird in der Region nicht als eindimensionaler Verbündeter Israels wahrgenommen, sondern als Akteur mit vielseitigen Interessen.

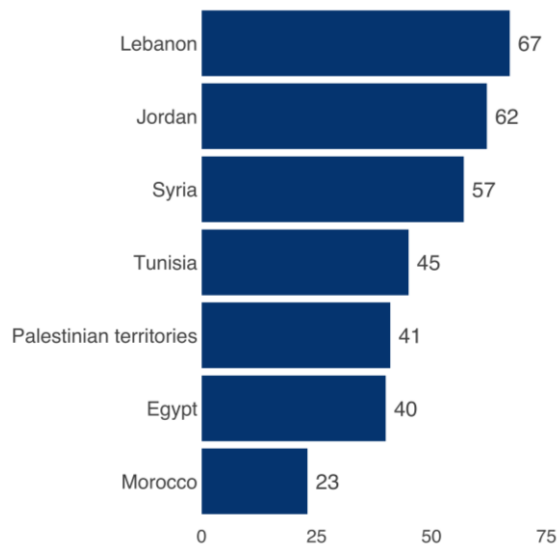
Regionalmächte, -kriege und Ansätze der Konfliktlösung

Im Gegensatz zum meist negativen USA- und Russlandbild in der Region werden die Regionalmächte Saudi-Arabien, Katar und die Türkei in allen befragten Ländern mehrheitlich positiv wahrgenommen. Außerdem nehmen hohe Anteile der

Befragten diese drei Staaten als die einflussreichsten Akteure in Ägypten (16% für Saudi-Arabien), Jordanien (27% für Saudi-Arabien und 6% für Katar), den Palästinensischen Gebieten (7% für Katar) und Syrien (23% für Saudi-Arabien, 19% für die Türkei sowie 7% für Katar) wahr.

Zugleich ist das regionale Machtgefüge von einflussreichen, jedoch umstrittenen Akteuren bestimmt. Iran wird mit Ausnahme Tunesiens nur von Minderheiten der Befragten positiv wahrgenommen, während Israel von relativen Mehrheiten in allen Ländern bis auf Marokko als größte Bedrohung zur Sicherheit im Nahen Osten und Nordafrika bezeichnet wird. Entsprechend groß ist die übergreifende Skepsis von Mehrheiten oder relativen Mehrheiten gegenüber den Abraham-Abkommen sowie weiteren Normalisierungsabkommen mit Israel.

Abb. 3. Mit der Ausnahme Marokkos schätzen relative Mehrheiten in allen untersuchten Ländern Israel als größte Gefahr für die Sicherheit der Region ein



Darüber hinaus übermittelt die Umfrage ein besorgniserregendes Bild für die Zukunft der Zwei-Staaten-Lösung. In den Palästinensischen Gebieten wird diese mit 52 Prozent zwar knapp mehrheitlich unterstützt, allerdings fällt die Zustimmung unter der Jugend auf nur 34 Prozent. In Tunesien, Marokko, Jordanien, Syrien, Libanon und Ägypten fällt ebenfalls die Unterstützung für

die Zwei-Staaten-Lösung bei der Bevölkerung unter 30 Jahren niedriger aus als für die Eltern- und Großelterngeneration.

Innenpolitik: Vom Sicherheitsgedanken zur Sicherung der eigenen Existenzgrundlage

Sorgen über Instabilität und Krieg spiegeln sich innenpolitisch in verstärktem Vertrauen gegenüber Institutionen des Zentralstaats wider. Die andauernden Auswirkungen des Kriegs zwischen den USA, Israel und Iran haben die Gewährleistung der inneren Sicherheit als Kernbereich der staatlichen Autorität und Legitimation in arabischen Gesellschaften in den Vordergrund gerückt.

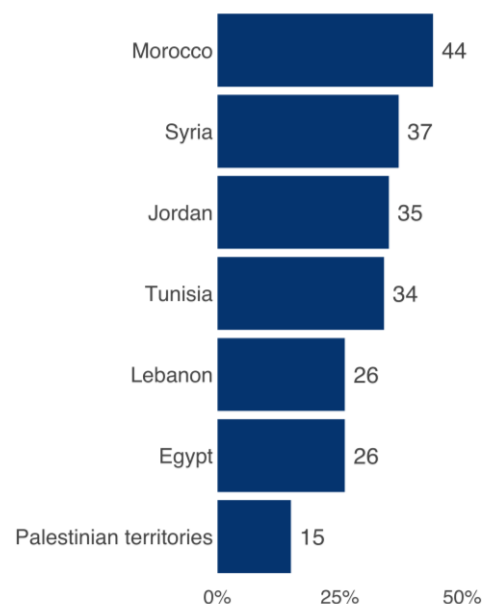
Vor diesem aufgeladenen regionalen Umfeld haben nationale Regierungen einen deutlichen Vertrauenszuwachs verzeichnet. In Jordanien bringen 82 Prozent der Befragten der Regierung Vertrauen entgegen – 11 Prozentpunkte mehr als in der letzten KAS-Umfrage 2020. Ein bedeutender Zuwachs zeichnet sich ebenfalls im Libanon (von 26% auf 53%) und Marokko (von 76% auf 81%) ab. Auch in Ländern, die 2020 nicht Teil der Umfrage waren, herrscht hohes Vertrauen in die nationale Regierung: 94% in Ägypten, 85% in Syrien sowie 72% in den Palästinensischen Gebieten. Der Zusammenhang zwischen Sicherheit und Regierungslegitimation wird besonders im Libanon deutlich. Der Vertrauenszuwachs von 27 Prozentpunkten im Vergleich zu 2020 ist größtenteils auf die Installierung einer neuen Staatsführung unter Präsident Joseph Aoun und Premierminister Nawaf Salam zurückzuführen, die sich die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber bewaffneten Milizen wie der Hisbollah auf die Fahnen geschrieben hat.

Zudem genießen länderübergreifend die nationalen Streitkräfte und die Polizei fast volle Unterstützung. Der Anteil der Befragten, die vollständiges, weitgehendes oder teilweises Vertrauen in Sicherheitsinstitutionen haben, beläuft sich in Ägypten auf jeweils 97 Prozent und 94 Prozent für die Streitkräfte und die Polizei. In Jordanien sind

die Vergleichswerte jeweils 99 Prozent, im Libanon 95 Prozent und 86 Prozent, in den Palästinensischen Gebieten 73 Prozent und 76 Prozent, in Syrien jeweils 92 Prozent und in Marokko 89 Prozent und 95 Prozent.

Neben Fragen der harten Sicherheit steht die Sicherung der eigenen Existenzgrundlage für die Befragten im Vordergrund. Länderübergreifend zeigt die Umfrage, dass für die meisten Befragten die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. In allen untersuchten Ländern berichten die Befragten mehrheitlich, dass ihr Einkommen nicht ausreicht, um die Kosten ihrer Haushalte zu decken.

Abb. 4. Weniger als 50 Prozent der Befragten bestätigen, dass ihr Einkommen ausreicht, um die Kosten ihres Haushalts zu decken



Dieses Ergebnis auf Haushaltsebene deckt sich mit der Einschätzung vieler Umfrageteilnehmer, dass die größten Herausforderungen wirtschaftlicher Natur sind. Von elf möglichen Optionen, die von Korruption über Klima bis hin zu ausländischer Einmischung reichten, wählten relative Mehrheiten in allen sieben arabischen Gesellschaften entweder „wirtschaftliches Wachstum“ oder „Arbeitslosigkeit“ als Hauptherausforderung für ihr Land. In Jordanien belief sich der Gesamtanteil der Befragten, die entweder Wachstum (35%) oder Arbeitslosigkeit (41%) wählten, sogar

auf 76%. Auch im Vergleich zum Pandemiejahr 2020 halten Mehrheiten in allen Ländern bis auf Syrien und Ägypten die aktuelle wirtschaftliche Lage für schlechter als zuvor. Dieses Muster weist darauf hin, dass nach Ende der regionalen Kriege

der ökonomische Erwartungsdruck in den Ländern weiter steigen dürfte.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Thomas Volk
Leiter der Abteilung Naher Osten und Nordafrika
Thomas.Volk@kas.de

Nicolas Reeves
Referent, Abteilung Naher Osten und Nordafrika
Nicolas.Reeves@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).